



PRESSEMITTEILUNG Nr. 44/26

Luxemburg, den 20. März 2026

Rechtsprechungsstatistiken 2025: Intensive Tätigkeit, mit der eine Verkürzung der Dauer der Verfahren einhergeht

Gerichtshof

- **Anhaltend hohe Zahl neu eingegangener Rechtssachen** trotz der Weiterleitung von 65 Vorabentscheidungsersuchen an das Gericht.
- **Intensive Rechtsprechungstätigkeit mit einer Zahl erledigter Rechtssachen, die in etwa der seit 2021 verzeichneten entspricht** (mit Ausnahme von 2024, einem Jahr der teilweisen Neubesetzung, in dem eine außergewöhnlich hohe Zahl von Rechtssachen vorrangig erledigt werden musste).
- **Verkürzung der durchschnittlichen Verfahrensdauer** (16,7 gegenüber 17,7 Monaten im Jahr 2024).
- Hohe Zahl von Vorabentscheidungsersuchen aus **Italien** und **Polen**.

Gericht

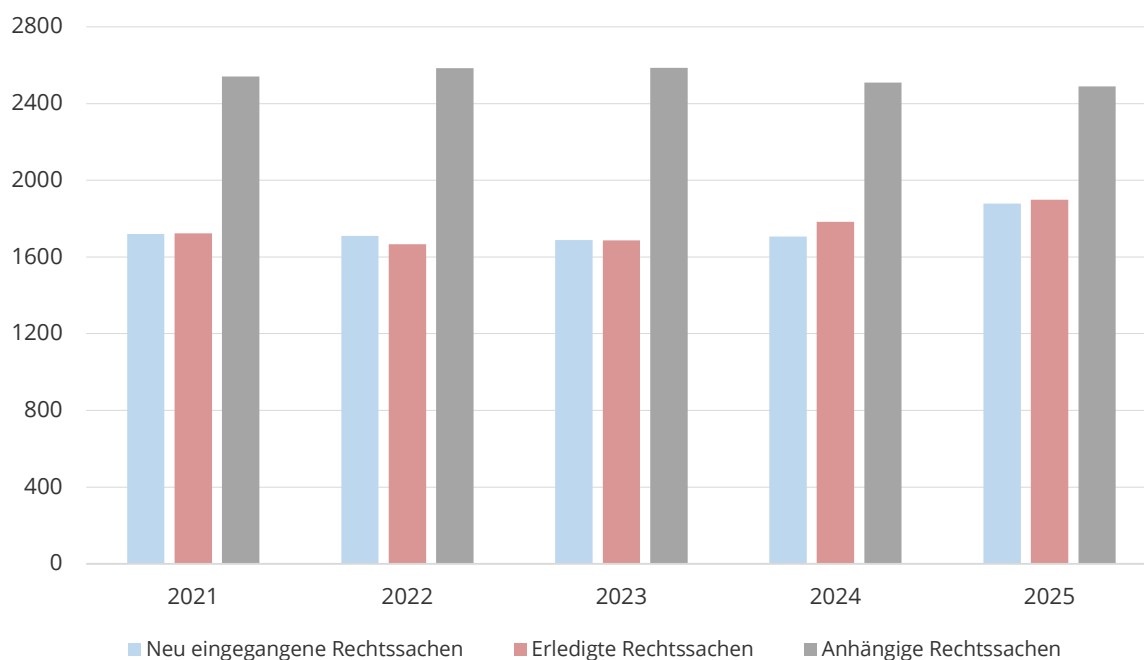
- **Höchste Zahl** in einem Kalenderjahr **erledigter Rechtssachen in der Geschichte des Gerichts**.
- **Rekordzahl neu eingegangener Rechtssachen, jedoch Verringerung des Bestands anhängiger Rechtssachen** auf den niedrigsten Stand seit 18 Jahren.
- **Deutliche Verkürzung der durchschnittlichen Verfahrensdauer** (16 gegenüber 18,5 Monaten im Jahr 2024).

Die Zahl der 2025 bei den beiden Gerichten neu eingegangenen Rechtssachen beläuft sich auf 1 878 (1 706 im Jahr 2024).

Was die Zahl der bearbeiteten Rechtssachen betrifft, haben der Gerichtshof und das Gericht im Jahr 2025 insgesamt 1 898 Rechtssachen erledigt, wobei bei dieser Zählung eine Reihe von 404 verbundenen Rechtssachen, die im Wesentlichen identisch sind, als eine einzige Rechtssache berücksichtigt wurde (zum Vergleich: 2024 wurden 1 784 Rechtssachen erledigt, was bereits eine im Vergleich zu den Vorjahren außergewöhnliche Zahl darstellte; 1 687 im Jahr 2023 und 1 666 im Jahr 2022).

Die Zahl der bei den beiden Gerichten anhängigen Rechtssachen beläuft sich auf 2 489, was den im letzten Jahr beobachteten Rückgang bestätigt (2 509 im Jahr 2024 gegenüber 2 587 im Jahr 2023).

Allgemeine Entwicklung der Rechtsprechungstätigkeit des Organs (2021-2025)



Allgemeiner Überblick	2021	2022	2023	2024	2025
Neu eingegangene Rechtssachen	1 720	1 710	1 689	1 706	1 878
Erledigte Rechtssachen	1 723	1 666	1 687	1 784	1 898
Anhängige Rechtssachen	2 541	2 585	2 587	2 509	2 489

Gerichtshof

Das vergangene Jahr war durch einen erheblichen Zustrom neuer Rechtssachen gekennzeichnet, mit **889 neu eingegangenen Rechtssachen**. Diese Zahl bedeutet einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr, in dem 920 Rechtssachen eingegangen waren. Ohne die Reform der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, durch die die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Vorabentscheidungen in sechs besonderen Sachgebieten auf das Gericht übertragen wurde, wären im vergangenen Jahr jedoch 954 Rechtssachen beim Gerichtshof anhängig gemacht worden, was in etwa dem Rekordwert von 2019 entspricht, als 966 Rechtssachen registriert worden waren.

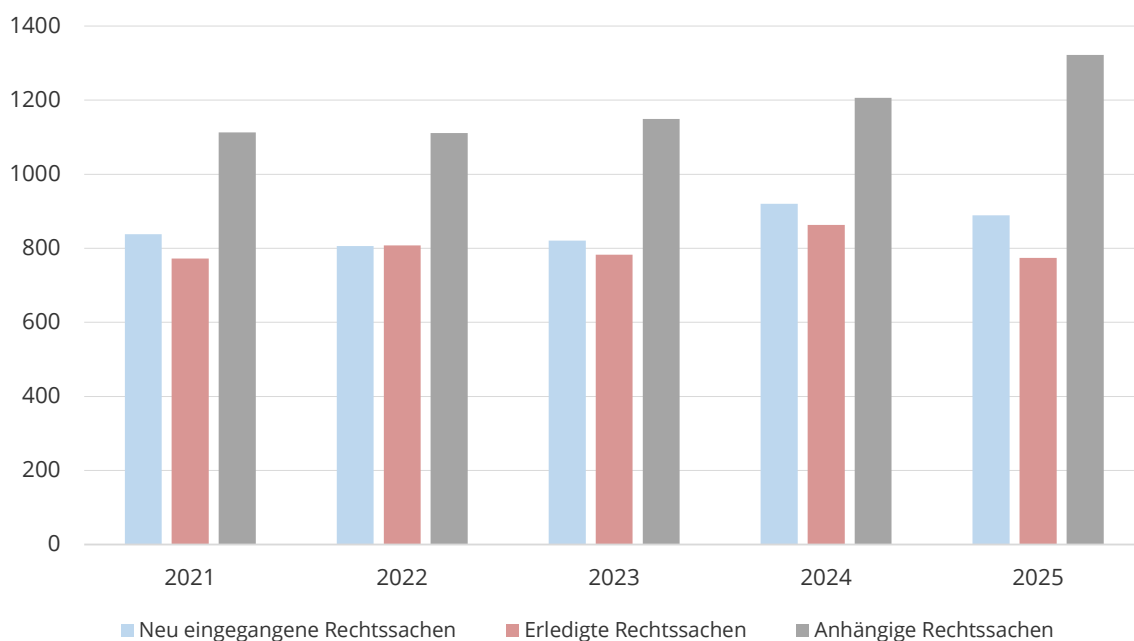
Auch das Jahr 2025 war von einer intensiven Rechtsprechungstätigkeit geprägt, da der Gerichtshof **774 Rechtssachen** erledigt hat, was in etwa den Zahlen der Vorjahre entspricht (792 im Jahr 2020, 772 im Jahr 2021, 808 im Jahr 2022 und 783 im Jahr 2023), mit Ausnahme des Jahres 2024, dessen Ergebnis (862 Rechtssachen) mit der Notwendigkeit zusammenhing, eine erhebliche Anzahl von Rechtssachen vor dem Ausscheiden der Richter, deren Amtszeit ablief, zu erledigen.

Die **durchschnittliche Verfahrensdauer** betrug für alle Arten von Rechtssachen 16,7 gegenüber 17,7 Monaten im Vorjahr. Die Verkürzung betrifft alle Arten von Rechtssachen: von 17,2 auf 16,9 Monate bei den Vorabentscheidungsverfahren, von 21,5 auf 20 Monate bei den Klageverfahren und von 18,4 auf 15,1 Monate bei

den Rechtsmittelverfahren.

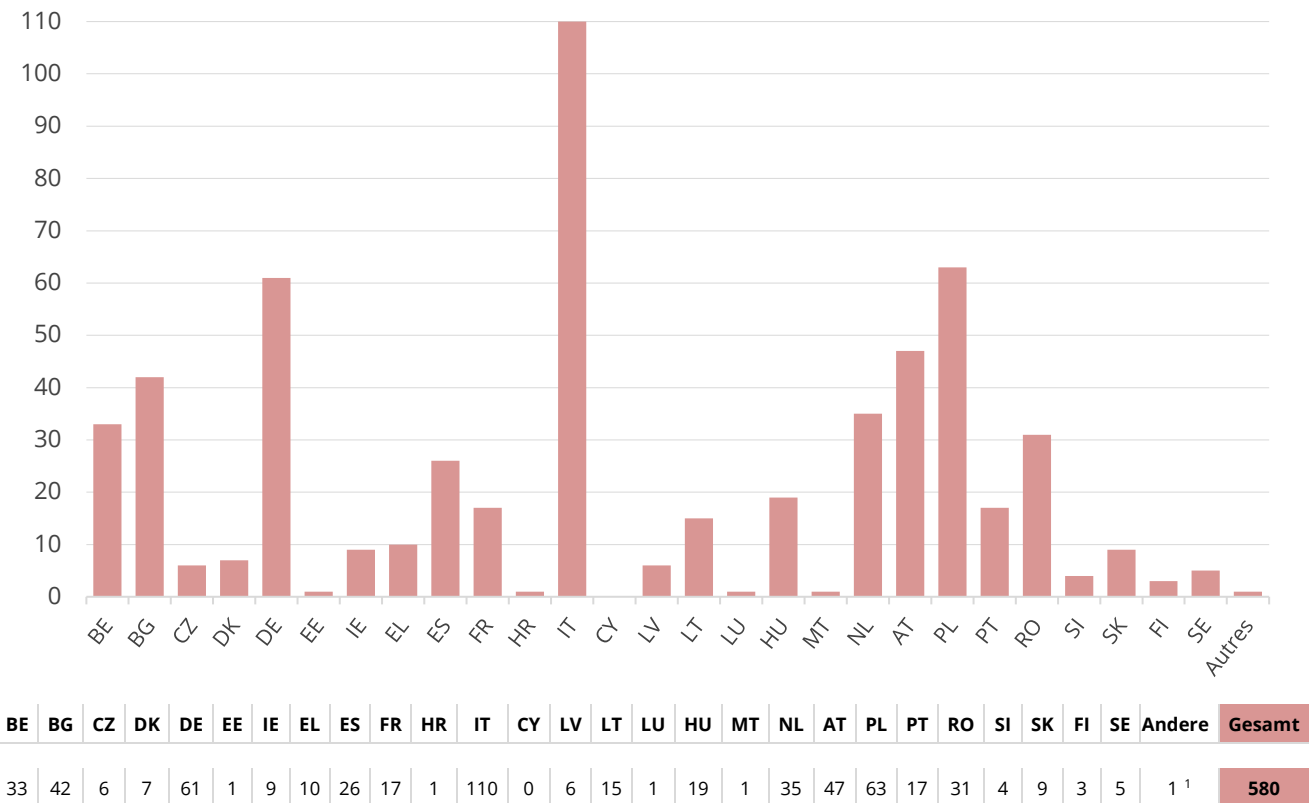
Infolge des Ungleichgewichts zwischen der Zahl neu eingegangener und erledigter Rechtssachen ist die Zahl der am 31. Dezember 2025 anhängigen Rechtssachen gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Sie belief sich auf 1 322 Rechtssachen gegenüber 1 207 im Vorjahr.

Gesamtübersicht über die Tätigkeit des Gerichtshofs: Neu eingegangene, erledigte, anhängige Rechtssachen (2021-2025)



Allgemeiner Überblick	2021	2022	2023	2024	2025
Neu eingegangene Rechtssachen	838	806	821	920	889
Erledigte Rechtssachen	772	808	783	862	774
Anhängige Rechtssachen	1 113	1 111	1 149	1 207	1 322

Von Gerichten der Mitgliedstaaten beim Gerichtshof anhängig gemachte Vorabentscheidungsachen (2025)



Eine Betrachtung der geografischen Herkunft der beim Gerichtshof im Jahr 2025 eingegangenen Vorabentscheidungsersuchen zeigt, dass diese aus nahezu allen Mitgliedstaaten stammen, wobei eine bedeutende Anzahl von Vorabentscheidungsersuchen von **italienischen** (110 Ersuchen) und **polnischen** (63 Ersuchen) Gerichten eingereicht wurde.²

Gericht

Im Jahr 2025 hat das Gericht die höchste Zahl von Rechtssachen innerhalb eines Kalenderjahres in seiner Geschichte erledigt. Trotz einer Rekordzahl neu eingegangener Rechtssachen konnte es seinen Bestand anhängiger Rechtssachen auf den niedrigsten Stand seit 18 Jahren reduzieren.

Mit **989** neu eingegangenen Rechtssachen und einem Anstieg von **26 %** gegenüber dem Vorjahr verzeichnete das Gericht die höchste Zahl neuer Rechtssachen in seiner Geschichte. Selbst wenn man die 65 Vorabentscheidungsersuchen in den Sachgebieten, die Ende 2024 auf das Gericht übertragen wurden, außer Acht lässt, übersteigt die Zahl von 924 Klagen und besonderen Verfahren die der letzten fünf Jahre.

Bei den Klagen ist ein leichter Rückgang der Zahl der neu eingegangenen Rechtssachen im Bereich des Rechts des **geistigen Eigentums** zu verzeichnen (257 gegenüber 268 im Jahr 2024, d. h. – 4 %).

Bei den 2025 neu eingegangenen Rechtssachen des **öffentlichen Dienstes** ist ein erheblicher Anstieg zu

verzeichnen (109 gegenüber 76 im Jahr 2024, d. h. + 43 %). Dieses Sachgebiet macht 11 % aller im Jahr 2025 eingegangenen Rechtssachen aus.

Im Bereich der **staatlichen Beihilfen** liegt die Zahl der 2025 neu eingegangenen Rechtssachen (27) zwar leicht über der Zahl von 2024 (23), bleibt jedoch unter dem hohen Niveau, das das Gericht in der Vergangenheit zu verzeichnen hatte. Schließlich bleiben die **Wettbewerbsverfahren** mit zwölf neuen Rechtssachen im Jahr 2025 auf einem ähnlichen Niveau wie in den Jahren 2023 und 2024.

Streitigkeiten über **restriktive Maßnahmen** beschäftigten das Gericht weiterhin mit 105 neuen Rechtssachen im Jahr 2025 (gegenüber 63 im Jahr 2024). Die neuen Rechtssachen in diesem Bereich betreffen überwiegend (84 von 105) die Reihe restriktiver Maßnahmen, die die Europäische Union im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ergriffen hat, einschließlich derjenigen, die auf die Beteiligung Weißrusslands, die Lage in Moldau, die militärische Unterstützung Russlands durch Iran oder dessen destabilisierende Aktivitäten gegen die Union oder ihre Mitgliedstaaten zurückzuführen sind.

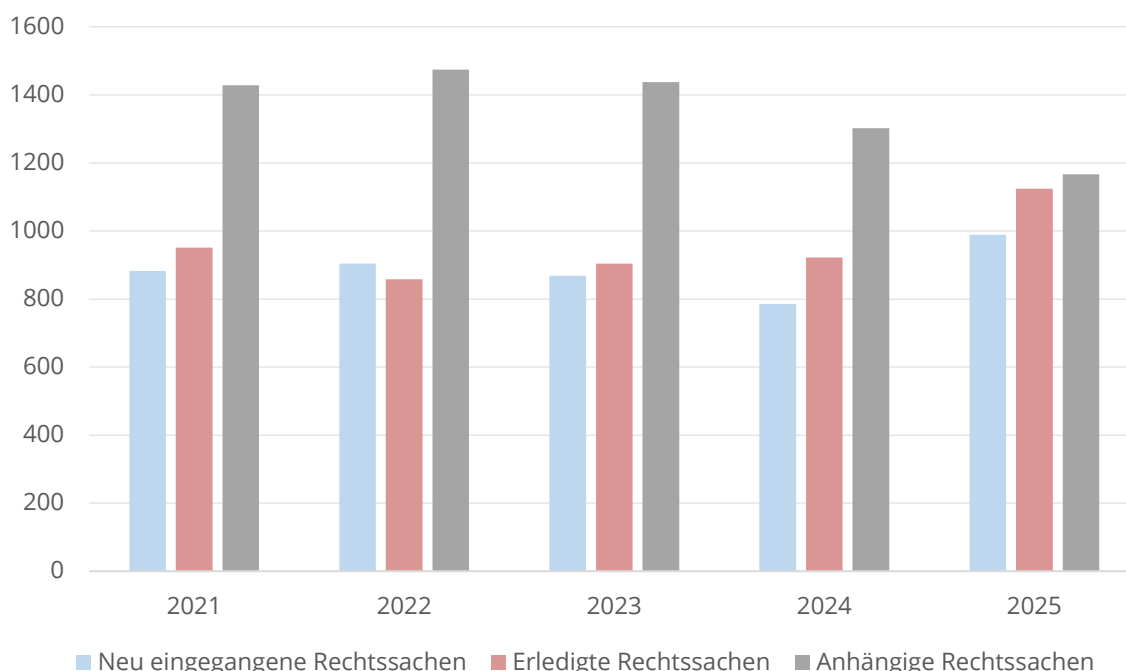
Die Zahl der Rechtssachen im Bereich der **Wirtschafts- und Währungspolitik**, zu dem insbesondere das Bankrecht gehört, ist weiterhin stark rückläufig (12 Klagen und eine vom Gerichtshof zurückverwiesene Rechtsmittelsache im Jahr 2025 gegenüber 33 neu eingegangenen Rechtssachen im Jahr 2024 und 56 im Jahr 2023).

Die Bruttozahl der im Jahr 2025 erledigten Rechtssachen beläuft sich auf 1 527, doch wenn man die Reihe von 404 im Wesentlichen identischen Rechtssachen, die im Oktober 2023 eingingen und im Dezember 2025 erledigt wurden (T-620/23 bis T-1023/23), als eine Einheit zählt, beläuft sie sich immer noch auf 1 124, was einem Anstieg von 22 % gegenüber 2024 entspricht. **Das ist der höchste Stand in der Geschichte des Gerichts** und liegt deutlich über dem bisherigen Rekord von 1 009 erledigten Rechtssachen aus dem Jahr 2018.

Trotz eines beispiellosen Zustroms neuer Rechtssachen ist es dem Gericht gelungen, **seinen Bestand anhängiger Rechtssachen** auf 1 167 **zu reduzieren**, was dem niedrigsten Stand seit 2007 entspricht.

Die Dauer der Verfahren konnte erheblich verkürzt werden. Während die Verfahrensdauer unbereinigt 18,9 Monate beträgt, liegt sie in Wirklichkeit bei 16 Monaten (gegenüber 18,5 Monaten im Jahr 2024), wenn man die oben genannten 404 im Wesentlichen identischen Rechtssachen als eine einzige Rechtssache zählt.

Gesamtübersicht über die Tätigkeit des Gerichts: Neu eingegangene, erledigte, anhängige Rechtssachen (2021-2025)



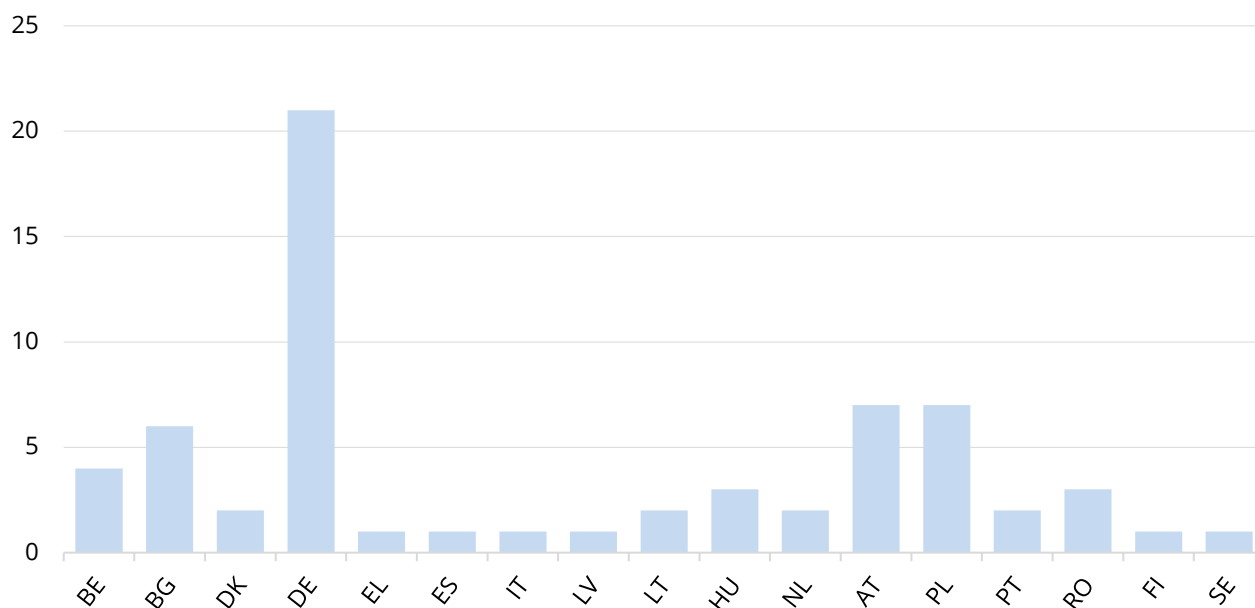
Allgemeiner Überblick	2021	2022	2023	2024	2025
Neu eingegangene Rechtssachen	882	904	868	786	989
Erledigte Rechtssachen	951	858	904	922	1 124
Anhängige Rechtssachen	1 428	1 474	1 438	1 302	1 167

Was die Vorabentscheidungsersuchen betrifft, so ist das Jahr 2025 das erste vollständige Jahr seit der Reform der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, durch die die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Vorabentscheidungen in sechs besonderen Sachgebieten auf das Gericht übertragen wurde.

Dem Gericht wurden 65 Vorabentscheidungsersuchen in den in seine Zuständigkeit fallenden Sachgebieten vorgelegt. Davon betrafen 24 das gemeinsame Mehrwertsteuersystem, 18 Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Flug- und Fahrgäste im Fall der Nichtbeförderung, bei Verspätung oder bei Annullierung von Transportleistungen, 8 den Zollkodex, sieben Verbrauchsteuern, sieben die zolltarifliche Einreihung von Waren in die Kombinierte Nomenklatur und eine das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

Die Vorabentscheidungsersuchen stammen aus 17 verschiedenen Mitgliedstaaten. Deutschland hat mit 21 Vorlagen den größten Anteil daran, gefolgt von Österreich und Polen mit jeweils 7 Vorlagen und Bulgarien mit 6 Vorlagen. Insgesamt haben 13 oberste Gerichte aus 13 verschiedenen Mitgliedstaaten Vorabentscheidungsersuchen an das Gericht gerichtet.

Auf das Gericht übertragene Vorabentscheidungsachen (2025)



BE	BG	DK	DE	EL	ES	IT	LV	LT	HU	NL	AT	PL	PT	RO	FI	SE	Gesamt
4	6	2	21	1	1	1	1	2	3	2	7	7	2	3	1	1	65

Zur Verwendung durch die Medien bestimmtes nicht amtliches Dokument, das den Gerichtshof nicht bindet.

Pressekontakt: Hartmut Ost ☎ +352 4303-3255

Bleiben Sie in Verbindung!



¹ Rechtssache [C-682/25](#), Crossryn (High Court of Justice, London).

² Die hohe Zahl der von italienischen Gerichten eingereichten Vorabentscheidungsersuchen erklärt sich größtenteils durch die Fragen dieser Gerichte zur Auslegung der Bestimmungen der [Richtlinie 2013/32/EU](#) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes, insbesondere zur Auslegung des Begriffs „sicherer Herkunftsstaat“. Die von den polnischen Gerichten eingereichten Vorabentscheidungsersuchen betreffen überwiegend die Auslegung der Bestimmungen der [Richtlinie 93/13/EWG](#) des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen oder der [Richtlinie 2008/48/EG](#) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Aprils 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates.